



HESSISCHER LANDTAG

19.10.2022

KPA

Antrag

Christoph Degen (SPD), Kerstin Geis (SPD), Nina Heidt-Sommer (SPD), Karin Hartmann (SPD), Turgut Yüksel (SPD) und Fraktion

Bildung bezahlbar erhalten – die Umsatzsteuerbefreiung von Volkshochschulen muss bestehen bleiben

Der Landtag wolle beschließen :

1. Der Hessische Landtag stellt fest, dass die bundesweit fast 900 Volkshochschulen – davon 32 in Hessen – als Institutionen des Lebensbegleitenden Lernens unverzichtbare Akteure für mehr Bildung und Teilhabe in unserer sich wandelnden Gesellschaft sind. Volkshochschulen garantieren durch ihr bezahlbares und breites Programmangebot sowie die flächendeckende Präsenz einen niederschweligen Zugang zu qualitativ hochwertiger Bildung für alle Altersgruppen und sozialen Schichten der Bevölkerung. Sie tragen mit ihrer Arbeit zum sozialen Zusammenhalt bei, der gerade in der heutigen Zeit besonders wichtig ist.
2. Der Hessische Landtag begrüßt, dass Angebote der Volkshochschulen auf der Grundlage des § 4 Nr. 22a des Umsatzsteuergesetzes (UStG) umsatzsteuerbefreit sind und spricht sich dafür aus, dass die Umsatzsteuerbefreiung für Angebote von Volkshochschulen und gemeinwohlorientierter Weiterbildung auch in Zukunft beibehalten werden soll. Eine Abschaffung der Umsatzsteuerbefreiung würde neue Hürden für die Teilnahme an Bildung errichten und käme angesichts der hohen Inflation zur Unzeit.
3. Der Landtag begrüßt, dass sich die Regierungsfractionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Freie Demokraten im Bund in ihrem Koalitionsvertrag darauf verständigt haben, dass die Umsatzsteuerbefreiung für die gemeinwohlorientierte Weiterbildung europa-rechtlich konform beibehalten werden soll. Der Hessische Landtag unterstützt diese Aussage.
4. Der Hessische Landtag stellt fest, dass die anstehende kommunale Umsatzsteuerpflicht ab 2023 und die aktuelle Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs sowie des Bundesfinanzhofs zu erheblichen Verunsicherungen unter den Volkshochschulen und ihren Trägern führt und eine zeitnahe Klarstellung mit einem Lösungsvorschlag erforderlich ist.
5. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich gegenüber der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass die Umsatzsteuerbefreiung bestehen bleibt. Dies wäre ein wichtiger Beitrag zur Stärkung und Unterstützung der Weiterbildungslandschaft in Hessen.

Begründung:

Eine Umsatzsteuerpflicht hätte für die 32 hessischen Volkshochschulen und ihre Träger erhebliche Auswirkungen. Es ist davon auszugehen, dass Kursgebühren erheblich teurer werden würden und damit der Zugang zu qualitativ hochwertiger Bildung für alle Altersgruppen und alle sozialen Schichten erschwert wird. Die Umsatzsteuerbefreiung ist die zentrale Voraussetzung dafür, dass die Volkshochschulen ihren öffentlichen Auftrag, lebenslanges Lernen für alle, erfüllen können. Volkshochschulen leisten durch ihre Angebote zur Grundbildung, durch Sprach- und Integrationskurse, Schulabschlusslehrgänge und berufliche Qualifizierung einen wichtigen Beitrag zur Bekämpfung des Fachkräftemangels.

Wiesbaden, 18. Oktober 2022

Der Fraktionsvorsitzende:
Günter Rudolph

Christoph Degen
Kerstin Geis
Nina Heidt-Sommer
Karin Hartmann
Turgut Yüksel